

schrift trägt. Einer Regelung im FSHG, einem der wichtigsten Gesetze, das die Hilfeleistung schon im Titel trägt, leisten Sie die nötige Geburtshilfe nicht. Das Ganze grenzt schon an ein ziemlich durchschaubares politisches Schmierentheater.

Wir alle wissen doch, dass Sie es kaum abwarten können, bis Sie das gleiche Gesetz selbst auf den Markt bringen. Ich bin gespannt, wie lange Sie damit noch an sich halten und wie weit Sie Ihre, wie ich finde, vorgeschobenen Bedenken hinsichtlich der noch ausstehenden Normierung von Standards für Kinderfeuerwehren tatsächlich umsetzen. Denn auch Sie wissen, dass die Zeit drängt.

Werte Kollegen von Rot-Grün, Sie, Herr Stotko, Ihre Vorstellungen im Innenausschuss gegenüber den Experten und zum Teil heute in dieser Debatte sind ein Schlag ins Gesicht für alle ehrenamtlichen Helfer vor Ort.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Sie senden ein völlig falsches Signal für das Ehrenamt aus. Sie erweisen allen Kindern in Nordrhein-Westfalen einen Bärendienst.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit es nicht zu kurz kommt, denn es ist wichtig: Ich danke ausdrücklich allen Angehörigen der bereits bestehenden Kinderfeuerwehren, die sich mit viel Engagement, mit Einsatz, mit übrigens auch vor Ort entwickelten tollen Konzepten und vielen Ideen auf den Weg gemacht haben, dem Sie nun den gesetzlichen Rückhalt verwehren.

Deshalb zum Schluss in aller Kürze, aber auch in aller Deutlichkeit: Ihre Verweigerung, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ist eine schallende Ohrfeige für alle Feuerwehrleute, für die, die ein Rückgrat unserer Gesellschaft bilden, von denen Sie sich wünschen, dass sie in 15 Jahren noch mit ausreichender Zahl auch Ihnen helfen, wenn es drauf ankommt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Mir ist signalisiert worden, dass sich der Kollege Lienenkämper zur Geschäftsordnung äußern möchte. Dann tun Sie dies, Herr Kollege.

**Lutz Lienenkämper (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Im Sinne der uns eben angebotenen Kultur der Einladung, die darin besteht, noch einmal drüber nachzudenken, einen angeblich von der SPD erfundenen und von uns beantragten Tagesordnungspunkt erst dann zur Abstimmung zu stellen, wenn das Erfindungsrecht der SPD auch belegt werden kann, beantrage ich nach § 24 Abs. 2 der Geschäftsord-

nung, den Beratungsgegenstand bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, damit sich die Fraktionen über ihre eigene Einladung Gedanken machen können.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Meine Damen und Herren! Sie haben gehört, was der Kollege Lienenkämper vorgetragen hat. Gibt es dazu Wortmeldungen aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir formell darüber ab. Wer **so verfahren** möchte, **wie** Herr **Lienenkämper** das **vorgeschlagen hat**, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Wir treten ein in den Tagesordnungspunkt

#### **14 Neuntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und zur Zustimmung des Landtags zur Unterzeichnung des Vertrags zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Landtag Brandenburg über das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3194

erste Lesung

zweite Lesung

In Verbindung mit:

#### **Mitteilung nach § 15 des Abgeordnetengesetzes NRW**

Unterrichtung  
durch die Präsidentin des Landtags  
Drucksache 16/3202

Bevor ich die Beratung eröffne, weise ich darauf hin, dass es in Artikel II des Gesetzentwurfs nicht „zu diesem Gesetzentwurf“ heißen muss, sondern „zu diesem Gesetz“.

Nachdem wir das geklärt haben, eröffne ich die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt. Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Herter das Wort.

**Marc Herter** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Änderung des Abgeordnetengesetzes, die wir hier beraten, legt zum einen die Grundlage für den Beitritt der Kolleginnen und Kollegen des Landtages aus Brandenburg zu unserem Versorgungswerk beziehungsweise ermöglicht der Präsidentin, an dieser Stelle die notwendigen rechtlichen Handlungen für den Landtag Nordrhein-Westfalen zu leisten.

Dies ist für uns als Nordrhein-Westfalen ein guter und stolzer Anlass. Es ist das zweite Bundesland, das sich dafür entscheidet, die diesbezüglichen Regelungen im Abgeordnetengesetz auf eine entsprechende eigene Altersvorsorge umzustellen. Ich freue mich, dass das zustande kommt und dass wir fraktionsübergreifend in diesem Hohen Hause der Auffassung waren, die dafür notwendigen Verfahrenshandlungen einzuleiten.

Zum Zweiten haben wir es mit der Nullrunde für dieses und für das nächste Jahr zu tun. Darüber ist heute schon sattsam gestritten worden, was die Beamten angeht. Dies ist jetzt nicht der Ort, diese Debatte in anderer Form zu wiederholen. Wir haben als Parlamentarische Geschäftsführer schon in einer gemeinsamen Presseerklärung vor einer Woche deutlich gemacht, dass es nicht um den Sachverhalt als solchen geht, sondern darum, dass wir uns als Abgeordnete, wenn es denn so ist, selbstverständlich einbeziehen und nicht eine Sonderrolle spielen wollen.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die CDU-Fraktion hören wir jetzt den Kollegen Krückel.

**Bernd Krückel** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Die Landtagspräsidentin hat den Bericht zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge vorgelegt. In diesem Zusammenhang haben alle im Landtag vertretenen Fraktionen beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vorzulegen. Mit dem Gesetzentwurf verfolgen wir zwei Ziele.

Einerseits geht es um die wiederholte Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenbezüge für die Jahre 2013 und 2014. Zum anderen schaffen wir die Voraussetzungen für die Aufnahme der Kolleginnen und Kollegen aus dem Brandenburger Landesparlament in das Versorgungswerk unseres Hauses.

Ich will kurz einige Bemerkungen zur vorgesehenen Aussetzung der Vergütungsanpassung machen: Wir

haben in den letzten Wochen und auch heute bereits mehrfach über die Entscheidung der Landesregierung diskutiert, die Tarifiergebnisse nicht eins zu eins auf die Beamten in unserem Land zu übertragen. Auf den desaströsen Verlauf der Anhörung für die Landesregierung muss ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen.

Sie wissen, dass die CDU-Fraktion diese Entscheidung für falsch hält. Aber wenn der Landtag mit einer rot-grünen Mehrheit eine Nullrunde für einen Teil der Beamten in unserem Land beschließt, können wir nicht parallel den Beschluss fassen, die Abgeordnetenbezüge anzuheben. Das wäre weder angemessen noch darstellbar. Deshalb wollen wir heute den Beschluss fassen, die Bezüge für die Jahre 2013 und 2014 nicht anzupassen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir nun acht Jahre lang Erfahrungen mit unserem Versorgungswerk sammeln konnten, freut es mich, dass mit dem Landtag von Brandenburg ein weiteres Parlament unserem Beispiel folgt. Es war richtig, die beamtenähnlichen Strukturen der Pension als Altersversorgung zu verlassen und ein eigenverantwortliches, selbstverwaltetes System ins Leben zu rufen.

Der Vorstand des Versorgungswerkes nimmt diese Aufgabe intensiv und verantwortungsbewusst wahr. Wir freuen uns darauf, bald auch zusammen mit den Brandenburger Kollegen die Verwaltung der Beiträge vornehmen zu können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Krückel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Beer.

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens möchte ich mich ausdrücklich dafür bedanken, dass wir heute ein einvernehmliches Ergebnis und einen Vorschlag präsentieren können. Die beiden Kollegen haben schon dazu ausgeführt. Trotz der unterschiedlichen Bewertungen in Bezug auf die angedachte Übertragung der Tarifiergebnisse kommen wir hier zu einem einvernehmlichen Signal der Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen, die Übertragung und die Anpassung nicht vorzunehmen, was die Abgeordnetenbezüge angeht. Das ist ein Signal nach außen, das sehr wohl wahrgenommen wird. Ich darf mich bei allen Kollegen und Kolleginnen dafür bedanken.

Zweitens möchte ich die Kollegen und Kolleginnen aus Brandenburg herzlich willkommen heißen. Es ist ein gutes Zeichen für das Versorgungswerk – gerade nach den Diskussionen, die wir 2012 in diesem Haus gehabt haben, bei denen durchaus versucht wurde, das Versorgungswerk in einen kritischen

Diskurs zu bringen –, dass hier das Vertrauen für die gute Arbeit im Versorgungswerk ausgesprochen wird. Deswegen ist das heute auch der Anlass, allen Kollegen und Kolleginnen zu danken, die im Versorgungswerk für uns diese gute Arbeit leisten und bestätigt haben, dass es ein attraktives Angebot ist, dieses zusammen mit der Neukonzeption der Abgeordnetenbezüge auch hier im Bestand weiterzuführen. Deswegen sage ich noch einmal ein herzliches Willkommen an Brandenburg und vielen Dank an alle Kollegen und Kolleginnen.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Jetzt spricht der Kollege Rasche für die FDP-Fraktion.

**Christof Rasche (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landtag berät heute in erster und zweiter Lesung die Änderung des Abgeordnetengesetzes. Es ist richtig und gut, dass alle fünf Fraktionen diesen Gesetzentwurf gemeinsam tragen. Entsprechend dem allgemein akzeptierten Verfahren sind wir von der Landtagspräsidentin über eine mögliche Anpassung der Bezüge unterrichtet worden. Wir beschließen heute, eine Anpassung in diesem Jahr und im Jahre 2014 auszusetzen.

Meine Damen und Herren, diese einvernehmliche Systematik zur Anpassung der Bezüge ist gut. Ebenso ist die ursprüngliche Vereinbarung gut, dass wir Abweichungen von der Anwendung dieser Systematik zunächst intern zwischen den Fraktionen beraten. Dieser Vereinbarung sollten wir in Zukunft wieder folgen. Das ist leider dieses Mal nicht passiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zudem beschließen wir den Beitritt Brandenburgs zum Versorgungswerk. Das ist ganz offensichtlich im Interesse der Abgeordneten in diesem Hohen Haus. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Auch Ihnen vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Jetzt spricht für die Piratenfraktion die Kollegin Pieper.

**Monika Pieper (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist alles gesagt, nur noch nicht von jedem. Deshalb will ich an dieser Stelle nur so viel sagen: Wenn ein Land für einen Teil seiner Beamten Nullrunden beschließt, steht es den Abgeordneten als ersten Dienern dieses Landes gut zu Gesicht, mit entsprechendem Beispiel zu folgen. Lasst uns einfach nach Erich Kästner handeln: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. Das war der bislang kürzeste Redebeitrag dazu – 30 Sekunden. Schauen wir einmal, ob Herr Minister Jäger das noch toppen kann.

(Minister Ralf Jäger setzt sein Gespräch mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft fort.)

– Herr Jäger, Sie sind ein bisschen früher an der Reihe als geplant. Sie stehen aber auf meinem Sprechzettel für diesen Tagesordnungspunkt.

(Minister Ralf Jäger: Die Landesregierung redet nicht dazu!)

– Das steht hier aber so.

(Zurufe von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Minister Ralf Jäger)

– Ich streiche das. Für mich ist das in Ordnung.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das waren mehr als 30 Sekunden!)

– Insgesamt waren es jetzt mehr als 30 Sekunden. – Wir nehmen das gerne so zur Kenntnis.

Dann sind wir am Schluss der Beratungen und stimmen nach der ersten Lesung über den Inhalt des Gesetzentwurfs ab. Ich darf fragen, wer diesem Gesetzentwurf in erster Lesung zustimmen möchte. – Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/3194 in erster Lesung einstimmig angenommen.**

Die Fraktionen haben sich einvernehmlich darauf verständigt, die zweite Lesung in der heutigen Plenarsitzung unmittelbar im Anschluss an diese erste Lesung durchzuführen. – Ich sehe hiergegen keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe daher den Gesetzentwurf Drucksache 16/3194 zur zweiten Lesung auf.

Eine weitere Debatte ist nicht vorgesehen.

Damit kommen wir direkt zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf Drucksache 16/3194**. Ich darf fragen, wer diesem Gesetzentwurf auch in zweiter Lesung zustimmen möchte. – Zu meiner Überraschung sind das wieder alle fünf Landtagsfraktionen. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf **in zweiter Lesung einstimmig angenommen.**

(Zurufe von den PIRATEN)

– Habe ich eine Enthaltung übersehen? Dann bitte ich, das zu Protokoll zu nehmen. Der Kollege Marsching von der Piratenfraktion enthält sich in zweiter Lesung.

Zweitens: die Mitteilung nach § 15 des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Präsidentin hat die Daten zur Ermittlung eines Anpassungsbedarfs der Abgeordnetenbezüge mit der Drucksache 16/3202 veröffentlicht. Die Daten sind damit dem Landtag zugeleitet worden.

Eine Beratung hierzu ist nicht vorgesehen.

Ich stelle damit fest, dass sich der **Landtag mit der Unterrichtung Drucksache 16/3202 befasst** hat. – Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Wir steigen nun ein in den Tagesordnungspunkt

### **15 Urananreicherungsanlage in Gronau schließen, alle Atomanlagen in NRW sofort stilllegen!**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3243

Ich eröffne die Beratung und erteile der antragstellenden Fraktion in Person des Kollegen Rohwedder das Wort.

**Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer – vielleicht verfolgen Sie uns noch draußen im Stream; hier auf der Tribüne ist leider niemand mehr. Bereits gestern gab es einen Antrag zum Thema „Atompolitik“. In diesem Zusammenhang hatte ich die Grünen darauf hingewiesen, dass in der Atomkraftbewegung die Meinung vorherrscht, die Grünen hätten mit dem Atomausstieg nichts mehr zu tun.

Noch gestern habe ich eine Rückmeldung von der Antiatomkraftbewegung bekommen, die die Debatte verfolgt hatte. Sie war wenig begeistert von dem, was die Regierungsfaktionen hier vorzutragen haben. Das wird Sie vielleicht interessieren.

Ich erinnere auch an den Redebeitrag des Kollegen Markert, seines Zeichens Kirchenjurist, der mit inquisitorischem Charme und Scharfsinn erkannt zu haben glaubte, dass unsere Anträge angeblich von der Linkspartei abgeschrieben seien. Ich kann Ihnen versichern: Das ist nicht der Fall.

Der Grund, dass die Linkspartei in der letzten Legislaturperiode und wir in dieser ganz ähnliche Anträge vorlegen, liegt darin, dass wir beide eng mit der Antiatomkraftbewegung zusammenarbeiten und dass die Politik, die die Landesregierung verfolgt, ganz einfach keine andere Option offenlässt, als genau diese Anträge immer und immer wieder vorzulegen. Wir werden damit auch weitermachen, und zwar so lange, bis der Atomausstieg komplett ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn der schnellstmögliche Atomausstieg ist für uns Piraten unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende. Es reicht nicht, dass in Nordrhein-Westfalen kein Reaktor mehr läuft, solange der Betrieb anderer Anlagen hier im Land den Ausstieg verzögert.

Besonders wichtig ist dabei die Urananreicherungsanlage in Gronau, die nicht nur zahllose Transporte erfordert, sondern auch angereichertes Uran sowie abgereichertes Uran für Reaktoren anderswo – und zwar weltweit – liefert. „Friedliche Nutzung der Kernenergie“ ist da wohl das Stichwort. Wie viel Uran aus Gronau wurde zur Munitionsproduktion verwendet und exportiert und war dann aus den Augen, aus dem Sinn?

Aber nicht alles abgereichtete Uran lässt sich in Munition umwandeln. So viele Terroristen gibt es denn auch nicht, die man damit erschießen könnte. Die Mengen sind immens, und die Lagerung wird wegen des Zerfalls des Urans 238 in stärker strahlende Nuklide ein immer größeres Problem. Durch Genehmigungen von Kapazitätserweiterungen – wie von der rot-grünen Regierung 2005 erteilt – wird das Problem verschlimmert und der Atomausstieg sabotiert.

Die Flugverbotszone ist zu klein, wenn man das aktuelle Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 23. Januar 2013 zu Mindestabständen von Flugzeugen bei Atomanlagen zugrunde legt. Die Genehmigungsstandards der 1980er-Jahre wurden nicht aktualisiert.

Ganz aktuell gibt es ein neues Urteil aus Schleswig-Holstein, das das Zwischenlager in Brunsbüttel betrifft. Das Verwaltungsgericht Schleswig hat aus demselben Grunde – Gefahr durch Flugzeugabstürze – die Erweiterung dieses Lagers verboten.

Stresstests nach Aktenlage können Sicherheitsprobleme nicht lösen. Wir teilen die Bedenken der Bürgerinitiativen. Es gibt keinen ausreichenden Schutz des Uranhexafluorids vor Bränden und Flugzeugabstürzen. Einwirkungen Dritter wurden genauso wenig berücksichtigt wie die chemotoxischen Eigenschaften von Flusssäure, die bei einem Unfall mit Beteiligung von Uranhexafluorid freigesetzt wird.

Bezeichnend für die Transparenz ist auch, dass die Frage des Gronauer Ratsmitglieds Udo Buchholz von der GAL – der übrigens nichts mit den Grünen zu tun hat –, ob die Politiker die schriftlichen Berichte erhalten könnten, verneint wurde. Warum eigentlich? Vielleicht weil Matthias Eickhoff vom „Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen“ recht hat, wenn er sagt, dass – ich zitiere mit Erlaubnis – „wesentliche Gefahrenpunkte einfach ausgeblendet oder die Folgen schöneredet und sich allein auf Stellungnahmen der jeweiligen Betreiber und Genehmigungsbehörden verlassen wurde“.